Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos“: München, Plinganserstraße Nr. 64.

INHALT:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 1 | München, 1. Januar 1932 | 19. Jahrgang

1932 Wochenkalender 5692

	Jan.	Tebeth	Bemerkungen
Sonntag	3	24	
Montag	4	25	
Dienstag	5	26	
Mittwoch	6	27	
Donnerst	7	28	יום כפור קטן תקופה
Freitag	8	29	
Samstag	9	Schebat 1	וארא ראש חדש הפטרה כהאמר ד׳ השמים כסאי (Jesaja 66, 1—24)

Jüdischer Arbeitsnachweis

München, Herzog-Max-Str. 5/I • Tel. 92883

Wir bitten euch bei Bedarf unseres Arbeitsnachweises zu bedienen. Gut empfohlene und bewährte Kräfte stehen zur Verfügung.

Wir führen nachstehend einige auf:

I. Büro- und Verkaufskräfte:

Nr. 16 **Kontoristin,** 19 Jahre, Lyzeumsbildung, ein Jahr Handelsschule mit Praxis, auch in Buchführung bewandert, Samstag frei.

Nr. 17 **Anfangskontoristin,** tüchtige Kraft, mit Praxis in Stenographie und Schreibmaschine.

Nr. 18 **Kontoristin,** 19 Jahre, Riemerschmid'sche Handelsschule, perfekt in Stenographie und Schreibmaschine.

Nr. 19 **Korrespondentin,** mit guten Kenntnissen in Französisch, Englisch, perfekt in Italienisch.

Nr. 20 **Stenotypistin,** mit zweijähriger Praxis in Anwaltskanzlei.

II. Hausgehilfinnen:

Nr. 21 **Hausgehilfin,** tüchtig in rituellem Haushalt, sehr geeignet für kleine Kinder.

ZIMMER VERMIETEN:

Mauthner, Raspstraße 10, ein gut möbliertes Zimmer, RM. 25.—

Brückner, Sendlinger Straße 89/I, drei sehr schöne, ineinandergehende Zimmer, teilweise möbliert, für Wohn- und Bürozwecke gut geeignet, insges. RM. 120.—

Zuckerberg, Rumfordstraße 10, zwei schön möblierte Zimmer, je RM. 30.—

Krieg, Jahnstraße 36/II, leeres großes Zimmer mit Küchenbenützung RM. 45.—, ohne Küchenbenützung RM. 35.—

Fischer Schraudolphstraße 23/III, ruhiges hübsches Zimmer, RM. 25.—

Das Jüdische Echo

Nummer 1 | **1. Januar 1932** | **19. Jahrgang**

Jüdische Kolonisation in Sowjet-Rußland

Die Situation der Judenheit in der ganzen Welt erfährt jetzt eine prinzipielle Beeinflussung. Abgesehen von dem schmerzlichen, die Existenz der Juden bedrohenden verstärkten antisemitischen Strömungen in den einzelnen Ländern, die eine akute Gefährdung der jüdischen Gemeinschaften in den betreffenden Staaten darstellen, vollzieht sich gesellschaftlich und wirtschaftlich in der Welt ein Gestaltwandel, dessen Tendenz zweifellos in der Richtung von gebundenen oder planmäßigen Wirtschaftsformen liegt. Es soll nicht hier untersucht werden, ob man sich in der Gegenwart am Endpunkte der kapitalistischen Wirtschaftsform befindet, oder ob diese nur eine schwere Krise durchmacht, aus der sie wieder siegreich hervorgehen wird. In beiden Fällen jedoch dürfte es gerade in bezug auf die vielen zwischen Produktion und Konsum stehenden selbständig wirtschaftenden Existenzen Veränderungen geben, welche diese autonomen Wirtschaftselemente zu einer Schrumpfung, wenn nicht zum Untergange führen. Nun ist gerade die jüdische Gemeinschaft in den meisten Ländern durch den Typus des selbständigen Kaufmannes, Krämers und Berufsfreien charakterisiert. Diese Kreise sind die Träger des jüdischen Lebens und Bewahrer der jüdischen Lebensformen. Die allmähliche Angleichung und Einfügung des im Wirtschaftsleben stehenden Juden an und in die wirtschaftliche Umgebung hat zur Folge, daß zusehends eine Atomisierung der jüdischen Gemeinschaft sich vollzieht. Dieser Prozeß ist in stärkerem oder geringerem Grade überall, wo Juden leben, zu beobachten. In Ländern jüdischer Massensiedlung ist er aus vielerlei Gründen erschwert, dafür aber wirkt sich in jenen Gebieten ein Verdrängungsprozeß gegen die Juden aus, der solche Grade des jüdischen Elends zur Folge hat, daß ein Niedergang, ja, ein Untergang ohne Beispiel für weite Schichten der Judenheit das Ergebnis ist.

Angesichts einer derartigen Lage ist es nicht verwunderlich, daß denkende und verantwortungsbewußte Juden nach Methoden und Wegen Ausschau halten, wie man der Krise des Judentums und der unbeschreiblichen Not der jüdischen Gesamtheit steuern könnte. Man sieht ein, daß Hilfsaktionen, so notwendig und unentbehrlich sie auch sein mögen, allein nicht imstande sein können, die drängenden Probleme einer Lösung entgegenzuführen. Durch die verschiedenen Anstrengungen großzügiger Art, die von verdienstvollen Organisationen gemacht werden, kann man wohl in einzelnen Fällen eine Milderung der grauenvollsten Erscheinungen materieller und geistiger Judennot herbeiführen, eine grundsätzliche Umformung der jüdischen Lage aber kann trotz höchster Opferwilligkeit bei der Entfaltung charitativer Tätigkeit nicht erzielt werden. Aus diesen Gründen ist seit Jahren das Bestreben innerhalb der jüdischen Gemeinschaft festzustellen, die Hilfstätigkeit in steigendem Maße durch produktive Hilfeleistung zu ersetzen. Anstatt Zedakah-Aufbau! Dieser Grundsatz hat sich die öffentliche jüdische Meinung erobert, und allenthalben sucht man nach Formen und Methoden, in denen sich die Aufbauarbeit im Interesse der Judenheit vollziehen soll.

Ausgangspunkt für alle Tätigkeiten dieser Art ist die Erkenntnis von der Eigenart der jüdischen Gemeinschaft, die nicht durch irgendeine Bezeichnung wie Religionsgruppe, Kaste, Konfession oder ähnlich zu definieren ist. Das Judenproblem schließt in sich viele Elemente, unter denen neben religiösen, kulturellen das soziale keineswegs die geringste Rolle spielt. Seit dem Entstehen der sogenannten jüdischen Renaissance-Bewegung in den 80iger Jahren des vorigen Jahrhunderts ist man immer konsequenter in der Erkenntnis geworden, daß eine Lösung der Judenfrage nur in einer Normalisierung wesentlicher Teile der Judenheit liegen kann. Unter Normalisierung ist zu verstehen die Schaffung von geschlossenen, sich selbst erhaltenden, in starkem Maße der Urproduktion zugewandten Gruppen. Diese Vorstellungen sind die Grundlage aller umfassenden Kolonisationsbestrebungen innerhalb der jüdischen Gemeinschaft in den letzten Jahrzehnten gewesen. Ob es sich nun um die Kolonisierung von Juden in der Zarenzeit in Rußland oder um die Schaffung des großen Kolonisationswerkes in Argentinien gehandelt hat — in beiden Fällen herrschte das Streben, geschlossene, in der Urproduktion stehende, sich selbst erhaltende Judensiedlungen zu schaffen. Im Laufe der Jahre kam eine weitere Erkenntnis hinzu, daß derartige Bestrebungen erst dann voll und ganz dem Ziel der erstrebten Normalisierung entsprechen, wenn sie nicht nur rein materielle Ziele verfolgen, sondern sich bemühen, im Namen von ewigen jüdischen Idealen ihr Werk durchzuführen. In dieser Hinsicht ist die Ideologie, wie sie von der Palästina-Kolonisation geschaffen wurde, für das Problem geschlossener jüdischer Siedlungen maßgebend geworden.

Als die kommunistische Partei nach dem Umsturz in Rußland daran ging, ihre Grundsätze zu verwirklichen, traf sie unter den vielen Nationen des russischen Riesenreiches auf einen Sonderfall, die Existenz von Millionen Juden, die durch die neue Wirtschaftsordnung deklassiert wurden. Sie erkannten, daß diesem Sonderfall eine besondere Behandlung des Problems entsprechen müsse. Auf Grund der Erfahrungen jüdischer Kolonisationsgesellschaften, besonders aber der zionistischen Bewegung und der territorialistischen Bestrebungen innerhalb der Judenheit wurde dann der Plan gefaßt, jüdische Massen zu kolonisieren, und zwar in geschlossenen Territorien und auf Grundlage jüdisch-kultureller Autonomie, sowie es zionistische und territorialistische Ideologie gelehrt hatten. Allerdings konnte und wollte, aus allgemein in der Sowjet-Union herrschenden Auffassungen, diese Produktivierungsarbeit der bol-

schewistischen Regierung im Interesse der Juden auf viele Dinge keine Rücksicht nehmen, die der jüdischen Gemeinschaft eigentümlich sind. Darunter ist die Beziehung der jüdischen Bevölkerung zu ihrer Vergangenheit, zu ihrer Literatur, zu ihrer Religion und ihrer Verbundenheit mit den jüdischen Gemeinschaften in der ganzen Welt zu verstehen. Immerhin ist das in der Sowjet-Union begonnene Werk verdienstvoll und wert, von allen Juden in der ganzen Welt beachtet und gefördert zu werden. Man darf jedoch weder die Bedeutung noch den Umfang dessen, was auf jüdisch-kolonisatorischem Gebiete in der Sowjet-Union vor sich geht, überschätzen. Ein derartiger Produktivierungsprozeß ist außerordentlich schwierig und stets mit vielen Rückschlägen verbunden. Kein Kenner der in Frage kommenden Probleme kann zu Angaben und Darstellungen Vertrauen gewinnen, welche auf dem Gebiete landwirtschaftlicher Kolonisation mit Zahlen operieren, die erfahrungsgemäß nirgends in der Welt erreicht werden konnten. Wenn von den Freunden der russisch-jüdischen Kolonisation behauptet wird, man werde in wenigen Jahren in Biro-Bidschan (bis Ende 1933) 55 000 jüdische Familien ansiedeln, so kann eine derartige Angabe bei Fachleuten nur ein Lächeln erregen. Wäre die Sache wirklich so aussichtsreich, wie es von den Befürwortern Biro-Bidschans behauptet wird, so hätten sich die amerikanisch-jüdischen Kreise, die bisher viele Millionen Dollar für die Kolonisierung von Juden in der Süd-Ukraine ausgegeben haben, doch entschlossen auch etwas für Biro-Bidschan zu tun. Sie haben es jedoch bisher strikte abgelehnt, obwohl sie noch Mittel hatten und werden es in der Zukunft sicherlich nicht tun, weil sie gegenwärtig vor der unlösbaren Schwierigkeit stehen, auch nur bescheidene Mittel für die Fortführung der von ihnen bisher übernommenen Arbeiten aufzubringen.

Keineswegs ist es jedoch zu billigen, wenn die Befürworter der russisch-jüdischen Kolonisation ihre Bestrebungen dazu benützen, um andere Tendenzen innerhalb der jüdischen Gemeinschaft zu bekämpfen und zu diskreditieren. Es ist fraglich, ob durch die Bemühungen der bolschewistischen Regierung auch nur das gegenwärtig in der Sowjet-Union bestehende Judenproblem gelöst werden kann. Es ist darum leichtfertig, so zu tun, als ob das jüdische Kolonisationswerk in der Sowjet-Union auch eine unmittelbare Bedeutung für Juden in Deutschland erlangen könnte. Daß aus Argentinien und aus Litauen jüdisch-kommunistische Parteigänger nach Biro-Bidschan gebracht wurden, ist — darüber sind sich alle Kenner der Angelegenheit einig — mehr aus propagandistischen Gründen geschehen als um einem in Rußland bestehenden Mangel von qualifizierten Landwirten oder Handwerken abzuhelfen. Jedermann weiß, daß man innerhalb der jüdischen Gemeinschaft in der Sowjet-Union viel leichter Handwerker finden kann als in Argentinien.

Kein verantwortungsbewußter Jude wird das Kolonisationswerk der Juden in Rußland geringschätzen. Andererseits aber muß man sich dagegen verwahren, wenn dieses Werk als ein Heilmittel für die jüdische Gesamtheit in der Welt ausgegeben wird. Das ist es nicht und es wird auch, menschlicher Voraussicht nach, niemals ein solches werden können. Abgesehen davon, daß es vom Standpunkte des historischen Judentums und der ewig gültigen jüdischen Werte nur eine Sache untergeordneten Ranges ist, wird die Mehrheit des jüdischen Volkes in der ganzen Welt in dem Judentum, wie es in den geschlossenen Siedlungen der Sowjet-Union aufgefaßt wird, niemals eine Erfüllung jüdischer Sehnsucht erblicken. Denn es stellt leider in vieler Beziehung eine Lossagung von jedem Judentum dar, das die jüdische Gemeinschaft Jahrtausende hindurch trotz schwerster Bedrückung und Verfolgung bewahrt hat und künftigen jüdischen Geschlechtern zu übergeben wünscht. I. w.

Ein jüdisches Wirtschaftsinstitut

Die Erkenntnis, daß in Deutschland neben der politischen Judenfrage auch eine spezifisch jüdische Wirtschaftsfrage gibt, hat sich allmählich in allen jüdischen Kreisen durchgesetzt. Über Art und Umfang dieses spezifisch jüdischen Wirtschaftsproblems sind naturgemäß viele Meinungen vorhanden. Um den Tatbestand festzustellen, ist zuerst von Dr. Alfred Marcus, dem verdienstvollen Verfasser des Buches „Die Wirtschaftskrise des deutschen Juden" die Anregung gemacht worden, ein jüdisches Wirtschaftsinstitut in Deutschland zu schaffen, dessen Aufgabe darin bestehen soll, die verschiedenen Seiten des jüdischen Wirtschaftsproblems herauszuschälen und so einen Überblick über die Totalfrage zu vermitteln. Im einzelnen ist man sich aber auch nicht restlos darüber klar, wie dieses jüdische Wirtschafts-Institut beschaffen sein soll. Der Wirtschaftler, welcher die Anregung zur Gründung eines derartigen Instrumentes gegeben hat, umreißt im Nachfolgenden Wesen und Ziele der von ihm in Vorschlag gebrachten Einrichtung.

Der Gedanke, durch die Schaffung einer besonders hierfür bestimmten, zentralen Stelle diejenigen Bestrebungen zusammenzufassen, welche von jüdischer Seite aus auf die Erforschung und die Beeinflußung der wirtschaftlichen Situation der deutschen Juden gerichtet sind, ist nicht mehr ganz neu. Er ist in den Nachkriegsjahren mehrfach zur Diskussion gestellt und in den verschiedensten Gremien erörtert worden. Es sei erinnert an die Vorschläge, die schon vor einigen Jahren in Frankfurter Logenkreisen diskutiert wurden, sie gingen von Gustav Löffler aus. Es ist fernerhin hinzuweisen auf die Ausführungen von Julius Hirsch im Rahmen der letzten Tagung des Preußischen Landesverbandes. Anregungen dieser Art ließen sich in großer Fülle registrieren, sie haben aber bisher noch zu keinem praktischen Ergebnis geführt.

An sich ist das kein Wunder. Schon der Begriff „Jüdisches Wirtschaftsinstitut" ist schwer zu definieren, noch schwerer aber ist die programmatische Abgrenzung der Aufgaben einer solchen Stelle. Es soll hier der Versuch gemacht werden, diese Definition und die mit ihr verbundene programmatische Begrenzung zu geben. Denn die endgültige Entscheidung der Frage, ob eine derartige Institution geschaffen werden soll oder nicht, erweist sich heute als nicht mehr aufschiebbar. Die Beantwortung dieser Frage wird aber wesentlich davon abhängen, ob es möglich ist, für eine derartige Stelle die sachliche Fundierung und den Aufgabenkreis zu finden, welche ihre Existenz rechtfertigen und damit notwendig machen.

Die Bezeichnung „Jüdisches Wirtschaftsinstitut" bedeutet bereits eine gewisse Festlegung. Sie enthält die Anerkennung der Tatsache, daß die in Deutschland lebenden Juden auch in wirtschaftlicher Hinsicht gewisse Sonderzüge aufweisen, die sie aus der Gesamtheit des deutschen Volkes herausheben. Sie soll aber wohl nach dem Wunsche keines der Menschen, die das Wort zuerst geprägt haben, etwa die Feststellung der Existenz einer jüdischen Wirtschaft in Deutschland bedeuten. Eine solche gibt es nicht und kann es gar nicht geben. Denn die wirtschaftliche Tätigkeit der etwa 570 000 deutschen Juden hat keinerlei eigene Basis, sie ist vielmehr die Funktion der wirtschaftlichen Tätigkeit des gesamten deutschen Volkes und darüber hinaus natürlich auch noch des weltwirtschaftlichen Geschehens, soweit dieses auf die deutsche Wirtschaft und ihre Entwicklung Einfluß nimmt. Ein jüdisches Wirtschaftsinstitut könnte also niemals begrifflich als Ausdruck „jüdischer Wirtschaft" in Deutschland erfaßt werden, da es eine solche nicht gibt. Es kann lediglich gelten als Bestätigung der Tatsache, daß die Juden innerhalb der deutschen Wirtschaft eine gewisse Sonderstellung einnehmen, die ziemlich weitgehend sein mag, aber dennoch nicht so weit, ihre entscheidende Formung von anderen wirtschaftlichen Grundlagen her zu erhalten als die deutsche Wirtschaft schlechthin. Das heißt mit anderen Worten: ein jüdisches Wirtschaftsinstitut hätte seine Tätigkeit zu richten auf die Erforschung und irgendwie geartete Beeinflussung der jüdischen Variante innerhalb der deutschen Gesamtwirtschaft. Hieraus ergibt es sich mit Notwendigkeit, daß ein solches Institut in einer begrifflichen Fixierung nur denkbar ist im Zusammenhange mit ähnlichen Institutionen größeren Stiles und weitreichenderen Wirkungskreises, welche die deutsche Wirtschaft in ihrer Gesamtheit sich längst geschaffen hat. Wir können in Deutschland auf eine Anzahl solcher Institutionen bezug nehmen und das wird auch die Aufgabe einer etwa zu schaffenden Stelle dieser Art sein. Es hätte für sie keinen Sinn, ihre etwaigen Erhebungen nur auf den Zustand und Entwicklungsgang derjenigen Zweige der deutschen Gesamtwirtschaft auszudehnen, in denen Juden in großer Zahl tätig sind. Das wäre falsch gedacht und gehandelt. Es käme vielmehr darauf an, das Material, welches von den bestehenden deutschen Institutionen laufend und in umfassender Weise für die ganze deutsche Wirtschaft gesammelt wird, zu übernehmen und sachgemäß vom Standpunkt und im Interesse der jüdischen Variante auszuwerten; nicht aber darauf, es durch Parallelaktionen und Doppelarbeit unnötig zu vermehren. Es scheint mir, als ob dieser Gedankengang für die Begriffsbestimmung, die wir hier beabsichtigen, von besonderer Bedeutung ist.

Denn nur dann, wenn wir erkennen, daß im Rahmen eines jüdischen Institutes keinerlei Aufgaben geleistet werden sollen, die an sich Sache der deutschen Gesamtwirtschaft sind, werden wir uns von vornherein von der drohenden Gefahr fernhalten können, die etwa in dem Versuch der praktischen Konstituierung einer „jüdischen Wirtschaft" in Deutschland liegen müßte. Es kann sich eben niemals darum handeln, das deutsche Judentum von der Gesamtheit des deutschen Volkes wirtschaftlich isolieren zu wollen. Das Gegenteil muß der Fall sein.

* * *

Vom zweiten Helldorf-Prozeß

Berlin, 27. Dezember. (JTA.) Im Prozeß gegen die Führer und Geführten bei den antisemitischen Ausschreitungen auf dem Kurfürstendamm am letzten jüdischen Neujahr sind aus Anlaß des Weihnachtsfestes sämtliche Angeklagten bis auf zwei aus der Haft entlassen worden. Ein Teil der fortschrittlichen Presse weist darauf hin, daß das Gericht aus Anlaß des christlichen Weihnachtsfestes eine sehr große Milde gegen diejenigen walten läßt, die das jüdische Neujahrsfest auf so grausame Weise gestört hatten.

„Vorwärts" veröffentlicht ein in Berliner SA-Kreisen zirkulierendes Rundschreiben, das von mehreren ehemaligen SA-Führern, u. a. vom Führer des SA-Sturms 24 Fritz Günther, unterzeichnet ist. Es heißt darin u. a.: „... Wir haben die Pflicht, offen und ohne Rücksicht auszusprechen, weshalb wir nicht mehr hinter den Führern Goebbels und Helldorf stehen — hinter Leuten, die uns verraten und verkauft haben; man hat uns als SA-Funktionäre und SA-Leute plan- und befehlsgemäß in die Zusammenstöße am Kurfürstendamm hineingehetzt, um uns dann schmählich im Stich zu lassen. Ihr wißt, daß es schon drei Tage vor den Krawallen bei uns allen offenes Geheimnis war, daß zum jüdischen Neujahrstag eine Aktion der SA steigen sollte; an diesem Tage selbst wurde mittags den SA-Führern ein Dienstzettel zugestellt, der die Anweisung enthielt, daß wir geschlossen uns am Abend an bestimmten Plätzen zu versammeln haben, „das Koppel untergeschnallt". In den SA-Küchen wurde gleichzeitig (auch daran könnt ihr euch erinnern) dieser Befehl schon Stunden vorher von Mund zu Mund weitergegeben. Und am Abend selbst erschien der Graf Helldorf in eigener Person, gab uns diese und jene Befehle und dirigierte uns schließlich nach dem Kaffeehaus Reimann — das wenige Minuten später zerstört war. Ihr wißt, Kameraden, daß wir nur befehlsgemäß gehandelt haben: doch im Prozeß? Man überließ uns unserem Schicksal!"

Der Jewish Board of Deputies über die Lage der Juden in Mitteleuropa

London, 21. Dezember. (JTA.) Der Board of Deputies der englischen Juden hat in seiner am 20. Dezember, abends, abgehaltenen Sitzung die folgende Resolution angenommen:

Der Jewish Board of Deputies verurteilt scharf die jüngst vorgekommenen Angriffe von Studenten an polnischen Universitäten gegen ihre jüdischen Kollegen, vermerkt aber mit Genugtuung, daß diese Angriffe von der großen Mehrheit der Landesbevölkerung mißbilligt wurden und daß die Regierung bestrebt war, sie zu unterdrücken.

Der Board gibt ferner seiner Meinung dahin Ausdruck, daß der angedrohte Boykott der Juden unvereinbar sei mit den geschichtlichen und kulturellen Traditionen des polnischen Volkes; der Board vertraut darauf, daß die polnische Regierung energisch gegen eine Bewegung einschreiten wird, die nicht allein die Sicherheit eines großen Bevölkerungsteils, sondern auch das Wohl des Gesamtstaates gefährdet.

Leonard G. Montefiore, der die Resolution unterbreitete, führte zu deren Begründung u. a. aus, der Text der Resolution sei unter Berücksichtigung der öffentlichen Erklärungen jüdischer

Körperschaften in Polen sorgfältig formuliert worden. Er habe das Gefühl, daß Zurückhaltung geboten sei. Andererseits müsse das polnische Judentum das Gefühl haben, daß die Juden außerhalb Polens gegenüber ihrem Schicksal nicht gleichgültig seien. Glück oder Unglück der jüdischen Gemeinschaft überall finden in London ein Echo. Gerechterweise müsse man anerkennen, daß die polnische Regierung die elementare Pflicht zur Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung erfüllt hat.

Leonard G. Montefiore ging sodann zur Besprechung der Lage der Juden in Mitteleuropa, besonders in Deutschland, über. Ich erinnere mich nicht, sagte er, eine ernstere Zeit als die jetzige erlebt zu haben. Wir in England haben die Aufgabe, der zivilisierten öffentlichen Meinung ein eindringliches Bild der Lage zu geben. Wir müssen eine nüchterne und ungeschminkte Darstellung dessen, was in Mitteleuropa geschieht, geben, müssen erklären, welch eine Bedrohung unserer Zivilisation eine Rückkehr zu mittelalterlicher Barbarei bedeuten würde.

Es wurde sodann ein Bericht des Joint Foreign Committee verlesen, in welchem gegen die Fortführung des Blutritualprozesses in der Tschechoslowakei Stellung genommen wird. Es wurde eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, daß die Fortführung und das in die Länge-Ziehen der Verhandlung im Zusammenhang mit dieser phantastischen Anklage einem zivilisierten Staate nicht gemäß ist. In dem Bericht wird auch auf die Not der Staatenlosen in der Tschechoslowakei hingewiesen, aber hinzugefügt, die Tschechslowakei bleibe ungeachtet dieser und anderer Zwischenfälle immer noch ein klassisches Land des Philosemitismus das Joint Foreign Committee zweifelt nicht, daß ein Staat, dessen Oberhaupt ein so berühmter Vorkämpfer der äußeren und inneren Freiheit wie Professor Masaryk ist, die nötigen Schritte ergreifen wird, um Mißstände abzustellen.

Für und gegen einen Jüdischen Weltkongreß

In der darauf folgenden Aussprache forderte Bollotton, daß das Committee nach der Richtung der Einberufung eines jüdischen Weltkongresses tätig sein solle, da die Lage der Juden in Polen von Tag zu Tag gefahrvoller wird. Chefredakteur Morris Myer schloß sich dieser Forderung an und regte an, daß man das Joint Foreign Committee nach dieser Richtung mit erweiterten Befugnissen ausstatte. A. S. Silverberg fragte: Ist beim Völkerbund ein nachdrückliches Wort für die Juden in Mitteleuropa eingelegt worden? Der polnische Außenminister war vor kurzem in London; wurde die Gelegenheit ergriffen, die Angelegenheit der Juden in Polen mit ihm zu besprechen? Es darf nicht bei akademischen Resolutionen bleiben, es muß schnell etwas Konkretes getan werden. Der Präsident des Board of Deputies d'Avigdor Goldsmid erwiderte auf die Ausführungen der Vorredner und wies darauf hin, daß Montefiore bereits dargelegt habe, daß die polnische Regierung, soweit es sich um die Ausschreitungen der Studenten handelt, ihre Pflicht getan habe. Was den angedrohten Boykott betrifft, für den jetzt agitiert wird, so haben wir in der Resolution auf die katastrophalen Folgen eines solchen Boykotts für die wirtschaftliche Lage der gesamten polnischen Bevölkerung aufmerksam gemacht. Die Resolution ist auf üblichem Wege den zuständigen Stellen übermittelt worden. Ich glaube nicht, schloß d'Avigdor Goldsmid, daß ein jüdischer Weltkongreß solche Angelegenheiten überhaupt vorwärtsbringen würde.

Die Bevölkerung Jerusalems

51 300 Juden unter einer Gesamtbevölkerung von 90 526

Jerusalem, 26. Dezember. (JTA.) Die offiziellen Ziffern der letzten palästinensischen Volkszählung betreffend Jerusalem sind noch nicht bekanntgegeben worden. Aus zuverlässiger Quelle wird der Jüdischen Telegraphen-Agentur über das Ergebnis der Volkszählung in Jerusalem folgendes mitgeteilt: Die Gesamtbevölkerung der Stadt Jerusalem macht 90 526 Seelen aus, davon sind 51 300 Juden, 19 850 Moslems und rund 19 000 Christen. Der Zuwachs der jüdischen Bevölkerung gegenüber der Volkszählung im Jahre 1922 betrifft rund 17 500 Seelen, der Zuwachs der Moslem-Bevölkerung seit 1922 beträgt 6500, der der christlichen Bevölkerung etwas weniger als 4500 Seelen. Die christliche Bevölkerung, die 1922 mit 14 699 Seelen an zweiter Stelle rangierte (Moslems gab es damals 13 413), ist jetzt an die dritte Stelle gerückt. Die jüdische Bevölkerung Jerusalems ist um 12 450 Seelen größer als Moslems und Christen zusammengenommen. Im Jahre 1922 betrug die absolute Majorität der Juden nur 5859 Seelen. Die Gesamtziffer der jüdischen Bevölkerung Jerusalems schließt nicht einige Stadtviertel ein, die der Jerusalemer Stadtgemeinde nicht unterstehen. Unter Einschluß der Bevölkerung dieser neuen Stadtviertel erhöht sich die Zahl der Jerusalemer Juden auf rund 60 000.

Obgleich die Juden in Jerusalem die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bilden, haben sie bis jetzt darauf verzichtet, einen Bürgermeister aus ihrer Mitte zu wählen; der jetzige Bürgermeister von Jerusalem ist der Moslem Ragheb Bey Nashashibi. Als Nashashibi nach den Palästina-Unruhen im Herbst 1929 mit einer palästinensischen Araberdelegation nach London fuhr, um dort die arabische Version über die Unruhen gegenüber der der Juden zu vertreten, gab sich unter der jüdischen Bevölkerung eine starke Empörung gegen Nashashibi kund; die hebräische Arbeiterzeitung „Dawar" schrieb damals, Nashashibi haben den Juden eine Lektion erteilt, die diese nicht vergessen werden. Er wird nicht wieder Bürgermeister von Jerusalem werden. Mit der Vertretung Nashashibis während seiner Abwesenheit von Jerusalem, wurde, wie erinnerlich, nicht der jüdische Vizebürgermeister Chaim Solomon, sondern der christliche Vizebürgermeister Jacob Faradj betraut.

Soll Tel-Awiw seine Polizei-Autonomie verlieren? Dizengoff bei Wauchope

Jerusalem, 27. Dezember. (JTA.) Der Bürgermeister der jüdischen Stadt Tel-Awiw Mayer Dizengoff besuchte den neuen Oberkommissar von Jerusalem, General Sir Arthur Grenfell Wauchope und erhob ihm gegenüber Beschwerde gegen den Beschluß der obersten Polizeibehörde Palästinas, die bis jetzt autonome Polizei von Tel-Awiw mit der allgemeinen palästinensischen Polizei zu verschmelzen. Dizengoff führte ins Treffen, daß die Abschaffung der jüdischen Polizeimacht von Tel-Awiw, der einzigen in der Welt, deren Kommandosprache hebräisch ist, von der Judenheit als ein Schlag gegen die jüdische Entwicklung in Palästina empfunden werden würde.

Vor der Bildung des Amerikanischen Pro Palästina-Komitees

Mehrere Senatoren und Mitglieder des Kongresses stellen einen Plan zur Förderung des jüdischen Palästina-Werks auf

Neuyork, 27. Dezember. (JTA.) Mehrere den verschiedenen Parteien angehörende führende Senatoren und Mitglieder des Kongresses der Vereinigten Staaten haben sich zu einer Gruppe zusammengeschlossen, deren Ziel es ist, den Aufbau des jüdischen Nationalheims in Palästina zu fördern. In diesen Tagen hielten die Mitglieder dieser Gruppe gemeinschaftlich mit mehreren führenden Zionisten aus Neuyork eine Konferenz ab, in der ein Plan zur Förderung des jüdischen Palästinawerks aufgestellt wurde. Einzelheiten des Plans sind noch nicht bekannt gegeben worden. Aus gut unterrichteten Kreisen wird erklärt, daß eine Durchführung dieses Plans für den Aufbau des Jüdischen Nationalheims in Palästina von großer Bedeutung sein würde. Der Plan wird bei Zusammentritt des Kongresses der Vereinigten Staaten zu Beginn des Jahres 1932 offiziell bekanntgegeben werden. Präsident Hoover, der schon als Handelsminister der Vereinigten Staaten im Jahre 1922 aus Anlaß der Annahme der Resolution betreffend das Jüdische Nationalheim in Palästina durch den Kongreß der Vereinigten Staaten ein Statement erlassen hat, in welchem er dem jüdischen Aufbau in Palästina die Sympathie der regierenden Kreise der Vereinigten Staaten zum Ausdruck brachte, steht auch dieser neuen Aktion zugunsten des jüdischen Werkes in Palästina mit Sympathie gegenüber.

In diesen Tagen wird eine Konferenz prominenter Nichtjuden aus allen Teilen der Vereinigten Staaten abgehalten werden, in der praktische Maßnahmen zur Förderung des jüdischen Aufbau-Werks in Palästina zur Erörterung stehen werden.

Gemeinsame Kampagne von Jewish Agency, Hadassah und Keren Kajemeth in Amerika

Neuyork, 27. Dezember. (JTA.) Nach einer Reihe von Konferenzen, an denen repräsentative Mitglieder der Zionistischen Organisation Amerikas und prominente Nichtzionisten, sowie das Mitglied der Exekutive der Jewish Agency Emanuel Neumann teilnahmen, wurde zwischen der Jewish Agency (Keren Hajessod), der Zionistischen Frauenorganisation Hadassah und der Leitung des Jüdischen Nationalfonds in Amerika ein Übereinkommen getroffen dahingehend, daß diese drei Gruppen eine gemeinschaftliche Kampagne in den Vereinigten Staaten für die jüdische Arbeit in Palästina durchführen. Zur Durchführung der Kampagne tritt am 17. Januar in Neuyork die Nationale Konferenz zusammen, in der der Präsident der Zionistischen Weltorganisation und der Jewish Agency, Nahum Sokolow, das Hauptreferat halten wird.

Für das jüdische Gesundheitswesen in Palästina

Neuyork, 20. Dezember. (JTA.) Die Zionistische Frauenorganisation Hadassah hat am 17. Dezember in Neuyork ein Frühstück zugunsten des jüdischen Gesundheitswesens der Hadassah in Palästina veranstaltet, bei dem das Gedeck 20 Dollar kostete. Der Besuch war ein so starker, daß an diesem Abend 13 000 Dollar für das Hadassahwerk in Palästina aufgebracht werden konnten.

Aus der jüdischen Welt

Das Jüdische Reform-Realgymnasium in Breslau öffentlich anerkannt

Breslau, 22. Dezember. Der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat dem Jüdischen Schulverein in Breslau mitgeteilt, daß er nach Benehmen mit dem Herrn Finanzminister genehmigt hat, daß zu Ostern 1932 von dem Jüdischen Schulverein in Breslau privates Reform-Realgymnasium der Regelform mit Gemeinschaftsunterricht errichtet wird und daß die zur Zeit bestehenden drei untersten Klassen der privaten mittleren jüdischen Schule in Breslau als Sexta, Quinta und Quarta des neuen Reform-Realgymnasiums anerkannt werden.

Die beiden Schulleiter, Dr. Radebrecht und Dr. Speyer, würdigen die öffentliche Anerkennung der Schule als ein für die Zukunft des Breslauer jüdischen Schulwesens bedeutungsvolles Ereignis. Die Anerkennung der Höheren Jüdischen Schule als Reform-Realgymnasium, schreibt Dr. Heinrich Speyer, beseitigt für die Zukunft den wesentlichsten Grund, der jüdische Eltern, trotz der bisher zweifellos guten Erfolge der Schule, davon abgehalten hat, ihre Kinder unserem Schulwerk anzuvertrauen. Der jüdische Schüler an der christlichen Schule muß, wenn er sich jüdische Bildung erwerben will, diese sich außerhalb des obligatorischen Schulunterrichts aneignen. Die Gefahr ist vorhanden, daß der jüdische Unterricht als Mehrbelastung empfindet. An dem jüdischen Reform-Realgymnasium ist der jüdische Unterricht ein Teil des allgemeinen und wird wie dieser bewertet. Das bedeutet, daß das aufgegebene Pensum in allen Fächern, die jüdischen eingeschlossen, nicht mehr beträgt als an anderen Schulen. Das jüdische Reform-Realgymnasium will Menschen heranbilden, die als aufrechte, wissende Juden die Aufgaben ihrer Zeit verstehen.

Studienrat Dr. Radebrecht gibt eine Geschichte der Schule und erklärt, daß die feste Absicht besteht, die Schule zur Vollanstalt auszubauen. Dann wird auch die Reifeprüfung (das Abiturium) an der Schule und durch ihre Lehrer abgehalten. Zum Schluß gibt er die folgende Parole aus: „Jedes jüdische Kind — ob Junge oder Mädchen —, das eine höhere Schule besuchen soll, gehört in das Jüdische Reform-Realgymnasium für Knaben und Mädchen.

Ungesühnte Leichenschändung

Berlin, 20. Dezember. Der Vorfall in der Berliner Anatomie, wo von unbekannten Tätern in einen zu präparierenden Leichenteil ein Hakenkreuz hineingeschnitten worden war, ist ungeklärt geblieben. Nach dem bisher geltenden Disziplinarrecht hat der Minister nicht das Recht gehabt, ein förmliches Disziplinarverfahren gegen Unbekannte eröffnen zu lassen, bei dem unter Umständen auch eidliche Vernehmungen hätten angeordnet werden können. Diese Möglichkeit ist dem Minister erst in dem künftigen Disziplinarrecht gegeben.

Was die nationalsozialistischen Ärzte wollen

Berlin, 20. Dezember. Auf der am 5. und 6. Dezember in Leipzig stattgefundenen Reichstagung des Nationalsozialistischen Ärzteverbandes hat bekanntlich Prof. Staemmler in seinem Referat „Rassenhygiene im Dritten Reich" die Sterilisierung des dritten Teils des deutschen Volkes als rassisch verdorben vorgeschlagen. Gleichzeitig schlug er ein Gesetz zur Scheidung der Rassen und ein Gesetz der Reinerhaltung der Rasse vor.

Gemäß dem Gesetz zur Scheidung der Rassen gilt als fremdrassig derjenige, von dessen Vorfahren einer der Eltern oder zwei der Großeltern fremdrassig gewesen sind. Als fremdrassig gelten dabei alle farbigen Rassen, die vorderasiatische und orientalische Rasse einschließlich der Juden. Falsche Angaben über Rasseabstammung werden mit Zuchthaus und Einziehung des Vermögens bestraft. Die als fremdrassig Festgestellten haben sich künftig als fremdrassige (Juden, Neger, Mongolen, Orientalen) deutscher Staatsangehörigkeit (Juden aus Deutschland usw.) zu bezeichnen. In dem Gesetz zur Reinerhaltung der Rasse sind Ehen zwischen Deutschen und fremden Rassen verboten. Außerehelicher Geschlechtsverkehr zwischen Deutschen und Fremdrassigen wird mit Zuchthaus des fremdrassigen, mit Gefängnis des deutschen Teiles bestraft. Prostituierte fallen nicht unter das Gesetz.

In dem Referat des Apothekers Bruger wurde gefordert, daß Apotheker-Konzessionen nur an Staatsbürger im nationalsozialistischen Sinne, nicht aber an Juden, vergeben werden dürfen.

Wie die Nationalsozialisten den antijüdischen Boykott organisieren

Berlin, 22. Dezember. (JTA.) In Magdeburg hat sich innerhalb der nationalsozialistischen Ortsgruppe eine „Arbeitsgruppe für Handel und Gewerbe" gebildet, die insgeheim den Boykott der Geschäfte mit jüdischen Inhabern organisiert. In einem Rundschreiben der Ortsgruppe heißt es: „Die Arbeitsgemeinschaft hat eine Liste herausgegeben, die ich Ihnen inliegend zugehen lasse. In dieser Liste sind alle diejenigen Geschäfte und Lieferanten aufgeführt, welche wir bei unseren Einkäufen in erster Linie berücksichtigen müssen. Im übrigen muß ich darauf hinweisen, daß ich in Zukunft jeden Parteigenossen, der in einem jüdischen Geschäft Einkäufe tätigt, wegen parteischädigenden Verhaltens dem Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß zum Ausschluß aus der Partei melden werde."

Die beigefügte Liste ist ein Heftchen von acht Seiten mit dem Titel „Branchen-Verzeichnis". Darin sind Firmen aufgeführt, die als zuverlässige Bezugsquellen für die Nationalsozialisten gelten sollen.

Eine jiddische Tageszeitung in Brüssel

Brüssel, 20. Dezember. (JTA.) Seit kurzem erscheint in Brüssel eine Tageszeitung in jiddischer Sprache unter dem Titel „Letzte Neies", deren Chefredakteur der russisch-jüdische Publizist Vladimir Grossmann ist. Eine Jiddischisten-Gruppe in Antwerpen plant die Herausgabe einer jiddischen Tageszeitung auch für Antwerpen.

J. M. Rich wird Chefredakteur des „Jewish Chronicle"

London, 21. Dezember. (JTA.) Herr J. M. Rich, bisher Sekretär des Jewish Board of Deputies und des Joint Foreign Committee, hat diese Ämter zurückgelegt, um die Leitung der Redaktion des „Jewish Chronicle" anstelle des vor einigen Wochen verstorbenen Herrn Leopold Greenberg zu übernehmen. In der letzten Sitzung des Jewish Board of Deputies sprach der Präsident des Board, O. E. d'Avigdor Goldsmid, Herrn I. M. Rich den Dank für seine bisherige große Arbeit und seine Leistungen im Dienste der jüdischen Rechte und Interessen aus. Rich erwiderte: Ich übernehme nun eine große Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit, und wenn ich dieser Verantwortung gerecht werde, so verdanke ich das den Mitgliedern des Board, die mir Wegweiser waren.

Dr. Edvard Brandes gestorben

Kopenhagen, 21. Dezember. (JTA.) Am Sonntag, dem 20. Dezember, verstarb in Kopenhagen der hervorragende dänische Politiker und Schriftsteller Dr. phil. Edvard Brandes, der jüngere Bruder von Georg Brandes, im Alter von 84 Jahren. Dr. Carl Edvard Cohen Brandes wurde am 21. Oktober 1847 in Kopenhagen geboren, habilitierte sich 1879 an der Universität Kopenhagen mit einer Sanskritarbeit, wandte sich später der Literatur und Politik zu. Mit seinem Bruder Georg zusammen gab er die Zeitschrift „Det 19. Aarhundrede" heraus, die zu seiner Zeit das Sprachrohr der neuen literarischen Schule war. Seit 1855 arbeitete er als Journalist für die Linksopposition, wurde 1880 in das „Folketing" gewählt und behielt sein Mandat bis 1894. 1884 gründete er die große Tageszeitung „Politiken", die er eine Zeitlang allein redigierte. 1896 kam er wieder in den Reichstag, und zwar als Mitglied des „Landsting". In den beiden Ministerien Zahle (1909/10 und 1913/20) war er Finanzminister. Auch außerhalb seines Fachministeriums war er einflußreich. In zwei Büchern „Dänische Schauspielkunst" und „Fremde Schauspielkunst" hat er eingehende Charakteristiken führender Schauspieler der Zeit gegeben. Seine Schauspiele, darunter „Arzneien", „Übermacht" und „Unter dem Gesetz" wurden auf den Bühnen des Nordens viel gespielt. Er verfaßte auch eine Anzahl Romane. In seiner Jugend beschäftigte er sich auch viel mit dem Hebräischen und gab einigen Übersetzungen aus dem hebräischen Schrifttum heraus.

Weltverband Hechaluz gegen die Sperrung der Chaluz-Alijah

Warschau, 21. Dezember. (JTA.) Die Exekutive des Weltverbandes Hechaluz veröffentlicht eine Erklärung, in der gegen die Nichtbewilligung der von der Jewish Agency angeforderten neuen Zertifikate für Einwanderung von Chaluzim nach Palästina seitens der Palästina-Regierung scharf protestiert wird. In der Erklärung heißt es u. a.:

Der Kampf für die Rechte der Chaluz-Alijah endete vorläufig mit dem Beschluß der Exekutive der Jewish Agency, die lächerliche Quote von 350 Zertifikaten, die von der Palästina-Regierung statt der angeforderten 1720 Zertifikate bewilligt worden sind, anzunehmen. Die Jewish Agency begnügte sich mit einem formellen Protest gegen die Nichtbewilligung ihrer Forderung. Faktisch wurden der Jewish Agency bloß 195 Zertifikate übergeben, von welchen 75 für politisch verfolgte Chaluzim aus Rußland und 120 für Angehörige von Palästina-Einwanderern bestimmt sind; die restlichen 155 Zertifikate behielt die Regierung zu eigener Verfügung. Für die Chaluz-Alijah wurde kein einziges Zertifikat bewilligt.

Seit wir Beziehungen zu der Palästina-Regierung im Zusammenhang mit der Alijah unterhalten, hat sich die Regierung niemals eine solche für uns erniedrigende Maßnahme erlaubt; nie hat sie sich erlaubt, auf einen Vorschlag der Jewish Agency, der sich auf gründlicher Erforschung der Arbeitslage und der Einwanderungsmöglichkeit stützt, so zu reagieren, daß nur 12 Prozent der angeforderten Zahl von Zertifikaten bewilligt werden. Der Beschluß der Exekutive der Jewish Agency, die bewilligten Zertifikate anzunehmen, war nicht die richtige Antwort auf dieses neue Attentat gegen unsere elementaren Rechte.

Die Weltbewegung der Chaluzim fordert zu schärfstem Protest gegen die Schließung der Tore Palästinas für das jüdische Volk auf. Der Chaluz fand immer die Kraft in sich, versperrte Tore aufzubrechen, er wird auch diesmal vor keinem Hindernis, vor keiner Schwierigkeit zurückscheuen. Er wird den Kampf fortsetzen bis zur Bahnung des Weges für die Alijah.

**Noch keine Ruhe in Posen
Ein berühmter Maler zum Krüppel geschlagen**

Posen, 20. Dezember. (JTA.) Aus Kreisen der Jüdischen Gemeinde Posen wird der Jüdischen Telegraphen-Agentur auf Befragen mitgeteilt, daß die durch grüne Streifen gekennzeichneten antisemitischen Boykottagitatoren die jüdischen Geschäfte blockieren und keinen christlichen Käufer die Geschäfte betreten lassen. Will ein Käufer doch in ein Geschäft hinein, so gehen die Agitatoren in der brutalsten Weise gegen ihn vor. Vereinzelte Überfälle auf Juden kommen in den verschiedenen Stadtvierteln immer noch vor. Auch werden in einzelnen jüdischen Läden die Scheiben eingeschlagen. An den Abenden wagen es die jüdischen Einwohner nicht, die Straßen zu betreten.

Während der antisemitischen Exzesse, die in Posen die ganze vergangene Woche andauerten, wurde von antisemitischen Studentenhuligans auch der bekannte akademische Maler Professor Leon Dolszycki, der für einen Juden gehalten wurde, schwer mißhandelt. Er erhielt einige Schläge über den Kopf. Anfangs schien es, als ob Professor Dolszycki nur leicht verletzt wäre, im Verlauf der Tage trat aber eine Verschlimmerung ein, die Ärzte stellten fest, daß der Schädel verletzt wurde und daß für Dolszycki die Gefahr besteht, daß er das Augenlicht verliert.

**Wie die Wilnaer Gerichte den Pogrom ahnden
Bisher nur Juden verurteilt**

Wilna, 20. Dezember. (JTA.) Die ersten Prozesse in Wilna im Zusammenhang mit den schweren antisemitischen Unruhen am 10. November endeten, wie schon mitgeteilt, mit der Verurteilung von Juden, denen man nachsagte, sie hätten am Tage des Pogroms Vergeltungsmaßnahmen gegen Huligans angekündigt, während ein Huligan, dem man nachgewiesen hat, daß er die Fensterscheiben in einem jüdischen Laden eingeschlagen hatte, freigesprochen wurde. Am vergangenen Freitag verhandelte das Wilnaer Kreisgericht gegen den 17jährigen Juden Israel Dworkin, der beschuldigt war, am erwähnten Pogromtag einen Soldaten und eine christliche Frau geschlagen zu haben. Obwohl der Angeklagte die Tat leugnete und sich bisher weder der Soldat noch die Frau als Beschädigte gemeldet hatten, verurteilte das Gericht Dworkin auf Grund vager Zeugenaussagen zu 8 Monaten Gefängnis. Die Verurteilung erfolgte, weil sich christliche Schüler gemeldet haben, die gesehen haben wollen, daß Dworkin am 10. November, dem Tag des Judenpogroms in Wilna, einen Soldaten und eine christliche Frau mißhandelt hätte. Wer die Mißhandelten sind und ob solche überhaupt existieren, ließ sich nicht feststellen, da sich solche nicht gemeldet haben. Das Urteil hat in der Wilnaer jüdischen Öffentlichkeit Bestürzung hervorgerufen.

Das Gericht sprach den jüdischen Studenten Taubenhaus, der beschuldigt war, während der antisemitischen Studentenexzesse in Wilna die Scheiben in einem christlichen Laden eingeschlagen zu haben, wegen Mangels an Beweisen frei.

In der Wilnaer jüdischen Öffentlichkeit fragt man sich, wann endlich auch die Prozesse gegen die Huligans beginnen werden, die an dem schweren Judenpogrom am 10. November, bei dem es zahlreiche jüdische Verletzte gab und jüdische Läden demoliert wurden, teilgenommen haben. Bisher hat man nur Juden, gegen die die nationalistischen Hetzer irgendwelche vage Beschuldigungen ausheckten, vor das Gericht gezerrt.

Der akademische Senat der Wilnaer Universität hat alle akademischen Organisationen, die die in den Straßen, den Theatern und Kinos verbreiteten antisemitischen Hetz- und Boykottaufrufe unterzeichnet haben, in ihrer Tätigkeit bis auf weiteres suspendiert.

Die Nationaldemokraten beantragen im Sejm Einführung des Numerus Clausus für Juden an den Hochschulen Polens

Warschau, 21. Dezember. (JTA.) In der letzten Sitzung des polnischen Sejm brachte der Klub der Nationaldemokraten einen Gesetzentwurf ein, der vorschreibt, daß man Juden an polnischen Hochschulen nur im Verhältnis ihrer Zahl zu der allgemeinen Bevölkerung aufnehmen solle. In der Begründung wird gesagt, der Artikel 86 des Gesetzes über die akademischen Schulen löse nicht die Frage, weshalb an verschiedenen Schulen und Fakultäten eine Bevorzugung der jüdischen und eine Benachteiligung der polnischen Jugend geschehen; das vorgeschlagene Gesetz bezwecke eine Regelung dieser Beziehungen durch gerechte und gleichmäßige Verteilung der Plätze an den Hochschulen.

Stärkster Rückgang der Geburten in Ungarn bei den Juden

Budapest, 27. Dezember. (JTA.) Dem soeben erschienenen Jahrbuch des Kommunalpolitischen Amtes in Budapest ist zu entnehmen, daß der Geburtenrückgang in Ungarn ein enormer ist. Am stärksten ist der Geburtenrückgang in Budapest bei den Juden (1930: 36,3% gegenüber 1929), der schwächste (4,6% bei den Reformierten). Die Zahl der außerehelichen Geburten ist bei den Juden am geringsten.

Sabbat-Schulzwang für jüdische Schulen in der Türkei

Konstantinopel, 21. Dezember. (JTA.) Das Kultusministerium hat den Leitungen aller Minderheitenschulen, auch der jüdischen, mitgeteilt, daß von jetzt ab die Schulen nicht mehr zwei Tage in der Woche geschlossen bleiben dürfen. Nur am Freitag, dem mohammedanischen Wochenfeiertag, dürfen Schulen geschlossen sein, an anderen Tagen müsse der Unterricht normal vor sich gehen. Dieser Verordnung gemäß wird in den jüdischen Schulen, die bis jetzt an den Sabbattagen geschlossen waren, nunmehr auch am Sabbat der Unterricht erteilt werden müssen. Ebenso werden die christlichen Schulen am Sonntag geöffnet sein.

Die Fraktion der Volkspartei (Regierungspartei) im türkischen Parlament brachte einen Antrag ein, daß nun auch an den Minderheitenschulen die türkische Sprache als Unterrichtssprache eingeführt werden.

Der Plan einer autonomen jüdischen Einheit in Biro-Bidschan erlangt Gesetzeskraft

Moskau, 27. Dezember. (JTA.) Das Zentralexekutivkomitee der Sowjetunion, das höchste ge-

setzgeberische Organ Sowjetrußlands, hat den am 30. September 1931 von der Sowjetregierung und dem Präsidium des Zentralexekutivkomitees gefaßten Beschluß über Gründung einer jüdischen national-territorialen autonomen Einheit in Birobidschan, die spätestens Ende 1933 erfolgen soll, ratifiziert. Mit dieser Ratifizierung ist das Gesetz in Kraft getreten.

Antisemitische Studenten-Skandale in Amerika

Neuyork, 20. Dezember. (JTA.) Die Zeitung der Universität Park Maryland berichtet über einen antisemitischen Studenten-Skandal, wie er bisher in Amerika noch nicht zu verzeichnen gewesen ist. Studenten dieser Universität organisierten einen brutalen Überfall auf ihre jüdischen Kollegen. Sie eröffneten mit schweren Ziegelsteinen ein Bombardement gegen den Schlafraum und die anderen Wohnräume der jüdischen Studenten im College-Gebäude, so daß die schwerbedrohten jüdischen Studenten in die Dachkammer des Hauses eines benachbarten wissenschaftlichen Instituts flüchten mußten. Die Universitäts-Zeitung fordert strenge Bestrafung der Schuldigen und ihre Relegierung von der Universität. Der Präsident der Universität, Pearson, hat seinen speziellen Assistenten Byrd beauftragt, eine gründliche Untersuchung des Falles durchzuführen, um zunächst die Schuldigen festzustellen.

Verloren geglaubtes Originalmanuskript des „Moreh Newochim" von Maimonides wiedergefunden

Neuyork, 20. Dezember. (JTA.) Frau Nathan Miller hat das verloren geglaubte Originalmanuskript des III. Teiles des von Maimonides in arabischer Sprache geschriebenen „Führer der Irrenden" (Hebräisch: Moreh newochim) wiederentdeckt und der Bibliothek des Jewish Theological Seminary of America zugewendet. Gleichzeitig hat Frau Miller zwei wertvolle Originalmanuskripte religiöser Gedichte, die im XVI. Jahrhundert in Spanien entstanden sind, aufgefunden und dem Seminar geschenkt.

Lord und Lady Raeding in Palästina

Jerusalem, 27. Dezember. (JTA.) Lord Reading, der frühere britische Außenminister und einstige Vizekönig von Indien, ist am 24. Dezember in Begleitung von Lady Reading über Ägypten in Palästina eingetroffen. Lord und Lady Reading trafen in Kantara mit Pinchas Ruthenberg, Direktor der Palestine Electric Corporation, zusammen und reisten dann nach Haifa. Sie besuchten das große Jordan-Stauwerk der Palestine Electric Corporation, deren Präsident Lord Reading bekanntlich ist. Am Freitag weilten Lord und Lady Reading in Daganiah, wo sie mit Dr. Chaim Arlosoroff, Leiter der Exekutive der Jewish Agency in Palästina, zusammentrafen.

Beginn der Arbeit des Ökonomischen Archivs für den Nahen Osten

Jerusalem, 27. Dezember. (JTA.) Vor kurzem fand im Gebäude der Universitätsbibliothek zu Jerusalem die erste Sitzung des Komitees des Ökonomischen Archivs für den Nahen Osten statt. Das Archiv wurde bekanntlich vor sechs Monaten auf Veranlassung von Herrn Max Warburg in Hamburg gegründet, um (in ähnlicher Weise wie das Hamburger Wirtschaftsarchiv) eine systematische Sammlung und Anordnung des gesamten Materials über die ökonomischen und sozialen Bedingungen im Nahen Osten durchzuführen. Der Vorsitzende des Komitees, Dr. Hexter, gab einen kurzen Bericht über die Anfänge und Aufgaben des Instituts. Dr. Bonne, der Direktor des Archivs berichtete über die Arbeit des Archivs, das jetzt 10 000 bis 12 000 Ausschnitte aus Zeitungen in englischer, französischer, deutscher, hebräischer und arabischer Sprache, sowie eine Sammlung von etwa 50 Zeitschriften über wirtschaftliche und soziale Fragen und eine Bibliothek enthält. Die Benutzung des Archivs steht allen Interessenten frei. Es wurden einige Vorschläge für die künftige Arbeit des Archivs gemacht.

Gemeinden- und Vereins-Echo

Israelitische Volksschule München. Die Einschreibung an der Israelitischen Volksschule München findet am Mittwoch, dem 13. Januar 1932, vormittags 8—12 Uhr in den Schulräumen Herzog-Rudolf-Straße, statt. Näheres siehe Inserat in dieser Nummer. Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Klassen in der Israelitischen Volksschule bisher nicht die Größe überschritten haben, bis zu der ein gedeihliches Arbeiten möglich erscheint. Die Höchstzahl der Schüler einer Klasse betrug bisher 35; sie wird auch in diesem Jahre kaum überschritten werden; in den städtischen Schulen dagegen werden Klassen bis zu 65 Kindern eingerichtet.

Jüdischer Nationalfonds München

Theo und Meta Harburger gratulieren Familien Schachno-Neu zur Geburt der Tochter und Herrn und Frau Dr. Heinrich Feuchtwanger zur Geburt ihres Sohnes 1.—, Jakob und Henny Reich desgleichen 2.—.

Paul Grünbaum und Frau gratulieren Herrn und Frau Dr. Feuchtwanger zur Geburt des Sohnes und kondolieren Herrn Dr. Schäler 2.—.

Jüdischer Gesangverein E. V., München. Das Wohltätigkeitskonzert der Israelitischen Kultusgemeinde ist nun endgültig für Sonntag, den 17. Januar 1932, festgesetzt. Die aktiven Mitglieder werden hiermit höfl. gebeten, die Probe am Dienstag, 5. Januar, unbedingt zu besuchen. Mit Rücksicht auf den Zweck dieser Veranstaltung wäre es sehr zu begrüßen, wenn die Beteiligung sehr groß wird.

Linke Poale-Zion-Borochow Jugend, München. Samstag, den 2. Januar 1932, 20.30 Uhr Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße, spricht Dipl.-Ing. Justin Dillenberger, Berlin, über „Die Aufgaben der jüdischen werktätigen Jugend". Justin Dillenberger ist Leiter der Borochow-Jugend Berlin und wird neben anderem über die Tatsachen

und den Sinn gerade einer jüdischen Arbeiterbewegung sprechen und ihre Stellung zum Zionismus und Sozialismus eindeutig klarlegen. Nach dem Referat Diskussion. Freunde und Gäste sind zu diesem Abend herzlich eingeladen.

Jüd. Kulturverein J. L. Perez, München

Voranzeige: Samstag, den 9. Januar 1932, abends 9 Uhr, liest Herr Fritz Rosenthal im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße 1, aus Eigenem.

„Bar-Kochba", Damen-, Mädchen- und Kinderabteilung. Der Turnbetrieb beginnt nach den Weihnachtsferien für die Damen- und Mädchenabteilung am 11. Januar, für die Kinderabteilung am 13. Januar. Wir bitten sämtliche Mitglieder, nach den Ferien wieder regelmäßig auf dem Turnboden zu erscheinen.

Bar-Kochba, Leichtathletik. Das nächste Training in der Sendlinger Halle für Damen und Herren findet am Mittwoch, dem 13. Januar, 20 Uhr, statt. Die Beteiligung am Training ist Pflicht jedes Mitglieds. Wir erwarten bestimmtes und vollzähliges Erscheinen. Die Vorstandschaft.

Zionistische Ortsgruppe Nürnberg-Fürth

Am Donnerstag, dem 17. Dezember 1931, sprach Herr Dr. Meinhold Nußbaum im Kreise unserer Ortsgruppe über: „Sabatai Zewi." Er verstand es, die geschichtliche Epoche jener Zeit in so fesselnder Weise darzustellen, daß die zahlreich erschienenen Zuhörer bis zum Ende des Vortrags gebannt lauschten.

Beim Schluß seiner Ausführungen verglich Herr Dr. Nußbaum die zionistische Tat Theodor Herzls mit jener Bewegung von Sabatai Zewi. Er gab einige Tagebuchstellen wieder, in denen Herzl den Unterschied zwischen seiner Persönlichkeit und derjenigen von Sabatai Zewi zu erklären versuchte. Wie Theodor Herzl klar erkannte, habe sich im 17. Jahrhundert die großartige Idee der jüdischen Wiedergeburt noch nicht verwirklichen lassen, vielmehr sei sie erst heute im Zeitalter der Maschine und im Zusammenhang mit der zivilisatorischen Entwicklung des vorderen Orients möglich geworden.

Keren Kajemeth Lejisrael, Nürnberg. Voranzeige

Am Donnerstag, dem 7. Januar 1932, abends halb 9 Uhr im großen Saale des Künstlerhauses, veranstaltet der Keren Kajemeth Lejisrael einen Bunten Abend. Ihre Mitwirkung haben bereits bekannte Künstler der Vereinigten Stadttheater und des Intimen Theaters zugesagt.

Näheres wird noch bekanntgegeben.

Wir gestatten uns hiermit, alle Freunde und Bekannten zu der am Samstag, dem 9. Jan. 1932, (יום א׳ ר״ח שבט תרצ״ב פ׳ וארא) vorm. 9 Uhr in der Synagoge Reichenbachstr. 27 stattfindenden

בר מצוה

unseres Sohnes אפרים höflichst einzuladen.

„Drosche" findet anschließend in unserer Wohnung statt.

PINKUS WIESENFELD U. FRAU

München, Kapuzinerstraße 50/III

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.